



Biwöchentliches Abonnement für Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Seite 30 Pf., für Unterseite aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 810. Abend-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Montag, den 18. November 1889.

## Die bedingte Verurtheilung.

© Berlin, 16. November.

Nachdem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einer Anzahl von Stimmen Gehör gegeben, die sich für das System der „bedingten Verurtheilung“ ausgesprochen haben, wie es der Professor von Lütz empfohlen, giebt sie heute einer Auslassung Raum, welche dieses System in der schärfsten Weise angreift. Das Rechtsgefühl im Volke werde untergraben, wenn dem Verbrechen nicht die Strafe folge, wenn Federmann das Experiment machen könne, ein erstes Vergehen straflos zu verüben.

Diese Bedenken sind wohl nicht begründet. Bei uns herrscht der Grundsatz, daß eine strafrechtliche Sühne stets dann eintreten muß, wenn gegen den abstracten Buchstaben des Gesetzes gefrevelt worden ist. Es kommen indessen Fälle vor, in denen dieser abstracte Buchstabe verlebt worden ist, ohne daß das lebendige Rechtsgefühl geprägt worden ist, Fälle, in denen der Uebelthäter entweder entschuldigt werden kann, oder durch die Folgen seiner That schon hinreichend gestraft ist. In solchen Fällen kostet es dem Staatsanwalt eine schmerzhafte Überwindung, eine Strafe zu beantragen, und dem Richter eine noch größere Überwindung, sie auszusprechen. Vor kurzem kam der Fall vor, daß ein Mann, der unter Zurückhaltung seiner Effecten aus einer Wohnung ermittelt war, gewaltsam sich in den Besitz der zurückgehaltenen Arznei für sein frisches Kind setzte. Garnicht selten sind die Fälle, in denen eine Mutter, die in Verweisung ist, weil sie durch eine an sich unbedeutende Fahrlässigkeit den Tod ihres Kindes verschuldet hatte, dafür noch in das Gefängnis wandern muß. In allen solchen Fällen trägt die Vollstreckung der Strafe zur Verschönerung eines verlebten Rechtsgefühls nichts bei.

Ich sehe als selbstverständlich voraus, daß gegen einen Menschen, der in böswilliger und frecher Weise gegen das Gesetz gehandelt hat, auf bedingte Verurtheilung niemals erkannt werden wird; derselbe wird die Suppe, die er sich eingebrockt hat, ausspißen müssen, auch wenn sein Fall der erste war. In allen Fällen dagegen, in denen man hoffen kann, daß die rechtlichen Folgen einer überreichten That den Thäter zur Besinnung bringen und ihn veranlassen werden, in Zukunft mit größerer Besonnenheit vorzugehen, halte ich die bedingte Verurtheilung für eine nützliche Einrichtung. So weit auch die theoretischen Ansichten über den eigentlichen Strafwert auseinander gehen, darin stimmen sie doch überein, daß es darauf ankommt, auf einem oder dem anderen Wege zukünftigen Verbrechen vorzubeugen.

Ein Beweis oder eine Verwarnung ist auch eine Form der Strafe, allerdings eine sehr milde Form, aber wenn diese milde Form genügt, den strafpolitischen Zweck zu erreichen, liegt keine Veranlassung vor, zu einer härteren Form überzugehen. Wird der Beweis noch durch die Androhung geschärft, daß im Falle seiner Vergedächtnit ohne neues gerichtliches Urtheil eine härtere Strafe eintritt, so wird er um so wirksamer sein.

In Ländern, wo wie in England das System der Privatanklage herrscht, ist von vornherein dafür gesorgt, daßemand, der zwar gegen die abstracte Regel des Gesetzes gefehlt, aber das concrete Rechtsgefühl irgend eines Menschen nicht verwundet hat, von einer Verfolgung frei bleibt. Das System der bedingten Verurtheilung hat ähnliche, nur nicht so stark ausgeprägte Folgen. Freilich erfordert die Handhabung derselben von Seiten des Richters eine große Umseht. In vielen Fällen wird heute auf dem Wege der Begnadigung dasselbe erreicht, was durch eine bedingte Verurtheilung erreicht werden könnte. Man sträubt sich dagegen, das Gnadenrecht der Krone gewissermaßen auf den Richter zu delegieren; indessen bleibt der

Richter ja doch, eben so wie bei der Strafumsetzung, an streng rechtliche Erwägungen gebunden.

## Politische Ueberblick.

Breslau, 18. November.

In Brasilien ist eine Revolution ausgebrochen; das Kaiserthum wurde gestürzt und die Republik ausgerufen. Damit ist — von Canaba abgesehen — die letzte Monarchie auf amerikanischen Boden gefallen. Man mußte längst, daß in Brasilien eine starke republikanische Partei bestehet; dennoch kommt die Nachricht von dem jähnen Sturze des Kaiserthums überraschend. Die eigentliche Ursache der Bewegung scheint die im Lande in Folge der Emancipation der Slaven herrschende Unzufriedenheit gewesen zu sein. Die „Kölner Btg.“ schreibt in dieser Beziehung:

Am 13. Mai 1888 wurde das Gesetz verkündet, das die Slaverei in Brasilien aufhob, und ein eigentliches Verhängnis wollte, daß die schönste Epoche der Monarchie der Ausgangspunkt ihres Verderbens wurde. Bereits durch die vorhergehende Propaganda der Abolitionisten war eine allgemeine Bewegung im ganzen Lande entstanden, welche besonders auch die Slaven ergriff; da diese eigentlich nicht verstanden, um was es sich zunächst handete, und theilweise in dem Glauben waren, sie seien bereits frei, nur wollten ihre Herren sie nicht loslassen, so ließen sie in vielen Fällen davon. Viele Zeitungen, die in leichtfertigster Weise aus bloßer Sensationssucht und meistens mit Hintanführung der Wahrheit tagtäglich die schauderhaftesten Geschichten über Misshandlungen von Slaven, besonders von Slavinnen, über gewaltsame Biedereinfangung von entwischenen Regern u. s. w. veröffentlichten, machten nach der Vorkommniss die Behörden verantwortlich, so daß diese eingeschüchtert, sich veranlaßt sahen, nach und nach den Bestiern ihren Schutz zu entziehen, und es unmöglich wurde, die Regier. festzuhalten. Dann wurde das Gesetz, welches die Slaverei bedingungslos aufhob, anstandslos bewilligt. Im Anfang herrschte maßloser Jubel, ein Freudenrausch ging durch das ganze Land. Aber bald sollte der Rückschlag kommen. Das Gesetz vom 13. Mai 1888 — so gerecht und notwendig es vom Standpunkte der Menschlichkeit auch war — hatte Laijende bisher wohlhabende Grundbesitzer des größten Theils ihres Vermögens beraubt. Ein Antrag auf Bewilligung einer Entschädigung wurde von beiden Häusern der Volksvertretung ohne Beratung abgelehnt. Trotzdem schien es anfangs, als würde sich diese Unwälzung ohne größere Erstürmung durchführen lassen. Doch es kam anders; nach der eingeholten Erteile verließen die ehemaligen Slaven in großen Scharen die Fazendas, zogen nach den Städten oder im Lande umher, arbeiteten nur so lange, bis sie sich eine Kleinigkeit verdient hatten, um dieses dann wieder zu verbrun. Der größte Theil der ehemaligen Slavenbesitzer sah sich zu Grunde gerichtet. Die Folge davon war, daß sie ihren ganzen Haß auf die Kronprinzessin und ihren Gemahl, den Grafen d'Eu, den sie für den geistigen Urheber der Magregel halten, und zugleich auf die Monarchie warten. Diese zu Ende des vorigen Jahres herrschende Stimmung benutzten die Republikaner und brachten mit aller Macht eine republikanische Agitation in Gang, wie sie in Brasilien bisher noch nicht stattgefunden. Republikanische Prediger hielten überall Vorträge und gründeten Vereine. Zahlreiche Beiträge-Grillungen fanden statt, hauptsächlich in den Provinzen Rio de Janeiro, Minas Geras und São Paulo. Ein großer Theil der ehemaligen Slavenbesitzer trat zu den Republikanern über. Nebenher hatte sich aus städtischen Freigewordenen eine sogenannte schwarze Garde zum Schutz des Thrones gebildet, an deren Spitze einige ehemalige Kämpfer der Slaverei standen, und diese guarda negra gab den Anlaß, daß die republikanische Propaganda sich über das ganze Land hin verbreitete. Als nämlich am 30. December v. J. ein Dr. Silva Jardim in Rio im Theater einen republikanischen Vortrag hielt, überfiel die schwarze Garde das Theater, verwundete viele Republikaner und verlor den Saal. Auf einen andern Agitator, der kurz nachher einen Vortrag halten wollte, schossen die Schwarzen und trieben darauf die ganze Versammlung auseinander. Nun lärmten die Republikaner, die Behörde schüttete sie in ihrer persönlichen Freiheit nicht, und verließen eine große Versammlung. Die Behörde aber untersagte die Ablösung derselben. Dieses Verbot wurde der zündende Funke. Mit einem Schlag war die ganze Lagespreche Rio's, mit Ausnahme des Jornal do Comercio, republikanisch. Man lärmte über Unterdrückung des Versamm-

lungsrechtes und der Redefreiheit, mangelnden Schutz seitens der Behörde u. s. w. Zustimmungsbabes kamen von allen Seiten, die Studenten der Facultäten, ja, selbst die zwölf bis fünfzehnjährigen Cadetten der Militärschulen ließen ihrem Unwillen in schwülstigen und pomphaften Aufrufen freien Lauf und überall gründete man republikanische Zeitungen oder erworb andere schon bestehende zum Zweck der republikanischen Propaganda. Ein republikanischer Congress fand am 30. April in São Paulo statt, auf welchem die Republikaner jeder Provinz durch je fünf gewählte Abgeordnete vertreten waren. Derselbe beschloß, die republikanische Partei angesichts der großen Ausdehnung, die sie in der letzten Zeit genommen, neu zu organisieren, und wählte den Redakteur des Paiz in Rio, Quentino Bocayva, zum Haupt der republikanischen Partei in Brasilien. Bald darauf erließ Bocayva ein Manifest, veröffentlichte zur Verstärkung seiner Autorität noch eine Zustimmungsfundgebung des früheren Parteiführers und machte bekannt, daß er den Volksfreudsaußchuß gebildet habe. Seit Anfang Mai und besonders seit Eintritt der Krisis im vorletzten Ministerium wurde die Agitation immer heftiger, ja, selbst leidenschaftlich; die drei großen Tagesblätter Paiz, Gazeta de Notícias und Diário de Notícias richteten eigene Rubriken für die republikanische Propaganda ein. Im Diário vom 1. Juni wird beispielweise zu einer Mittteilung über die Reise des Grafen d'Eu nach dem Norden die höhnische Anmerkung gemacht, dieselbe nütze nichts mehr, denn die Dynastie habe bereits vertriebene Provinzen unwiederbringlich verloren. Schon vorher hatte dasselbe Blatt auseinandergezeigt, daß der Zusammensatz der Monarchie unausbleiblich sei. In der „Gazeta“ ward die Drohung laut, die Republik werde noch in diesem Jahre geschaffen werden; auch wurde in demselben Blatte der Staatsrat Saravia als erster Präsident der Republik empfohlen. Das Zeitungsausgabe dieser Richtung bei der höchsten oberflächlichen Bildung, welche in Brasilien bis in die höchsten Kreise hinein vorherrscht, mit wahrer Gier gelesen wurden und Zustimmung fanden, ist nicht zu verwundern, und welche Folgen sie hatten, beweisen verschiedene Vorfälle, bei denen sogar der äußere Anstand nicht gewahrt blieb. So forderte am 26. December v. J. ein Professor der Medizinisch Schule bei der Erhebung der Doctorgrade in öffentlicher Versammlung unter dem Beifall der neuernannten Doctoren und der anwesenden Studenten den Kaiser auf; er möge mit seinem Einfluß den nationalen Wunsch nach der Republik beginnen. Im Mai d. J. leitete der Graf d'Eu eine Sitzung des Club dos Voluntários da Patria in Rio, in welcher er als Schatzherr des Clubs den neuwählten Vorstand in sein Amt einführte. Als der Prinz sich nach beendigter Sitzung entfernte und durch die Vorhalle des Versammlungsraumes schritt, ertönte plötzlich ein vielfältiges Viva la Republica! und ein großes Hohngeschrei. Dabei ist zu bemerken, daß die ganze Versammlung aus gewesenen und aktiven Militärs bestand und der Graf d'Eu Oberbefehlshaber des brasilianischen Heeres war. In gleicher Weise wurde Graf d'Eu auf seiner Reise nach den Städten Santos und Campinas behandelt; schmutzige Flugschriften wurden ihm in den Eisenbahnwagen hineingeworfen. Bald nach dieser Reise trat der Prinz eine Fahrt nach den von Dürre und Hungersnoth heimgesuchten Nordprovinzen an. Diese letzte Reise war ebenso schroff und gehässig beurtheilt und die politische Seite derselben in unwürdiger Weise als persönliches Ränkespiel des Prinzen dargestellt. Die republikanische Partei beschloß, einen ihrer Wanderprediger die Fahrt an Bord desselben Schiffes mitzumachen zu lassen, um den Huldigungen, die dem Prinzen etwa dargebracht werden würden, in der Person dieses Agitators einen Ableiter zur Seite zu stellen. Die Agitation in Rio und im Süden dauerte inzwischen ungezwungen fort und wurde täglich stärker. So weit war im Sommer die republikanische Propaganda bereits durchgedrungen, daß in einer Sitzung des Abgeordnetenhauses ein conservativer und ein liberaler Abgeordneter sich offen als Republikaner bekannten und ein bisher conservativer Abgeordneter eine längere Rede mit dem Rufe schloß: „Nieder mit der Monarchie, es lebe die Republik!“ Zur Verhüllung für längstliche Gemüther, die daran erinnerten, daß sie der Verfassung gemäß als Abgeordnete dem Kaiser und der gegenwärtigen Dynastie Treue geschworen hätten, nahm man endlich im vorigen Monat ein Gesetz an, nach welchem jeder Deputirte, der vor den Mitgliedern des Bureau erklärt, daß dieser Eid „seinem Glauben oder seinen politischen Ansichten“ widerspricht, von der Eidesleistung zu entbinden ist.

Kaiser Dom Pedro II. führt die Regierung seit dem Jahre 1841; er zählt gegenwärtig 64 Jahre und ist seit Jahren schwer leidend. Seine Tochter, die Kronprinzessin Isabella, geboren 1846, ist seit 1864 mit dem

Nachdruck verboten.

## Rechtsanwalt Arnau.

Roman von Ulrich Frank. [41]

Es klang wie unterdrücktes Achzen aus seiner Brust, mit einer verzweiflungsvollen Geberde faßte er in sein volles Haar! Was möchte in seinem Innern vorgehen bei dem Ausdruck ihrer rührenden Klage? Seine Mutter war gestorben, und er . . . er hatte ihren letzten, segnenden Liebesblick nicht empfangen, weil Lütz ihn damals festgehalten. . . . Wie Haß glomm es in diesem Augenblick in seinem Herzen auf. . . .

„Doch mit der alles überwältigenden Widerstandsfähigkeit der Jugend,“ fuhr sie fort, „kamen wir hinaus über dieses Unglück, das wir im ersten Anprall wohl auch gar nicht in seiner ganzen Bedeutung erfassen. Wie ein böser Traum zog das Mißgeschick an uns vorüber! Der Wandlung, die sich in mir während dieser Zeit vollzogen hatte, wurde ich mit kaum bewußt. Es wurde mir alles leicht, es kam so natürlich, so selbstverständlich!“

Mit keiner Silbe unterbrach er ihre Mittheilungen.

„Wie ich eine Malerin wurde, wissen Sie, und Sie sehen es, wie angenehm und eben mir dieser Weg gemacht wird. Schön mein erstes Bild gab mir die Möglichkeit, wie in meiner Arbeitsstube, auch in meinem Atelier auf eigenen Füßen zu stehen, nur auf meine Kraft zu vertrauen, ohne das Geld, das die Mutter uns gelassen, angreifen zu müssen. Ich verdiente reichlich mehr, als wir brauchen, und das danke ich meinem Pinzel, meiner Palette, meiner einzigen geliebten Kunst. . . .“ sie blickte sich mit frohen Augen um in dem wirklich geschmackvoll und behaglich eingerichteten Zimmer, das an ihr ebenfalls hübsches Atelier grenzte.

„Aber nicht davon wollt ich Sie unterhalten, und Sie sagen ja gar nichts. Finden Sie es nicht nett hier?“

„O, Fräulein Leonie!“ Ihrem Haushalt merkt man überall die schöpferische Kraft an, die sich in allem betätig, alles trefflich zu organisiren und gestalten versteht. Das ist ja das Wunderwollen des Genius, daß er im Großen, wie im Kleinen sich fundgiert. Wie Ihre Kunst uns entzückt, so erfreut die Harmonie, die Ordnung Ihres Hauses Federmann.“

„Und diese Ordnung möchte ich auch in meine Finanzen, oder richtiger in die anderer, mir unbekannter Leute bringen,“ sagte sie heiteren Antlitzes. „Seit mein erstes Bild auf der Kunstausstellung den großen Erfolg hatte, fehlte es mir nie an Beschäftigung. Der

Beifall, den mein letztes Bild „Das Putzstübchen“ in der diesjährigen Ausstellung gefunden, brachte mir lohnende Aufträge. Die Copie dieses kleinen Bildes, vom Fürsten Alfons bestellt, sowie ein zweites Genrebild, dessen Motiv er mir zu wünschen überlassen, beide für seine Petersburger Sammlung bestimmt, tragen mir ein Honorar ein, welches mit einigen früheren Ersparnissen die Höhe des von meiner Mutter hinterlassenen Geldes erreicht. Ich werde die Copie im Februar abliefern, im Frühjahr das neue Bild vollenden, sobald die länger werdenden Tage mir mehr Zeit zur Arbeit geben; bis dahin möchte ich, daß Sie Folgendes in Erfahrung bringen: Ob die Schwester meiner Mutter, welche ihr das Geld zugewendet, noch lebt, oder ob es ein Erbschaft war, die meine Mutter angetreten? Ob in letzterem Falle vielleicht Kinder oder Anerwande dieser Schwester vorhanden sind und in welchen Verhältnissen? Ich kann Ihnen als einzigen Anhaltspunkt nur den Geburtsnamen und Geburtsort meiner Mutter angeben; ob ihre Schwester verheirathet war, wie sie geheißen hat, weiß ich nicht. Ich weiß, daß ich nichts Leichtes von Ihnen verlange, aber ich denke, durch die Behörde im Geburtsorte meiner Mutter wird sich ja wohl manches ermitteln lassen, worauf weitere Recherchen anzustellen sein werden. Bis ich mit meinem Bilde fertig bin, hat es doch immer noch zwei bis drei Monate Zeit. Es liegt nämlich in meiner Absicht, dießes Geld zur Verfügung dieser Schwester meiner Mutter oder ihrer Erben zu halten, falls sie desselben bedürfen. Ich selbst werde es nie verwenden. Ich habe keine Freude an diesem Besitz, kein Vertrauen zu demselben. Wäre er rechtzeitig gekommen, um meine Eltern vor Noth und Sorge zu schützen, aber so . . . was soll uns dieses Vermögen, von Unbekannten uns zugewendet . . . von meiner Mutter nicht angerührt, um sich eine Erleichterung zu schaffen, nicht im Stande, ihre Gesundheit erhalten, ihre lastlose Thätigkeit verringern zu helfen — totdes Geld, tot in jedem Sinne! Es ist Gott sei Dank glücklich ohne dieses Geld, und so soll es bleiben! Ich mag es nicht, und ich will es auch nicht länger hütten.“

Sie war aufgestanden und nahm aus dem Schuhfach ihres Schreibstücks ein Portefeuille.

„Hier ist es, 10 000 Mark in Staatspapieren, wollen Sie es aufbewahren, bis die Nachforschungen beendet sind, falls diese zu keinem Resultat führen, werde ich es zu irgend einer wohlthätigen Stiftung bestimmen. Ich will es keinesfalls behalten. Ich habe eine abergläubische Furcht vor diesem Gelde und werde dankbar sein, wenn Sie es mir aus dem Hause schaffen . . .“

„Aber . . .“

„Kein Aber! Es hat mir schon Angst bereitet, denn es war der

Grund zu einem Streit zwischen mir und Doctor Fichte. Als ich ihm nämlich meinen Plan vorlegte, wies er ihn als unstatthaft zurück, weil meine Brüder und Miterben noch nicht majoren seien . . .“

„So ist es in der That. Sie dürfen über das Geld nicht allein verfügen.“

„Doch über eine gleich große Summe, die mir gehört,“ sagte sie etwas ungeduldig.

„Allerdings!“

„Nun, diese Summe werde ich haben, wenn Alfons meine Bilder erhält, und ich werde dieselbe für meine Brüder anlegen, statt dieses unheimlichen Geldes, das ich aus dem Hause haben will. Sie nehmen es in Depot, und dort bleibt es, bis ich dieselbe Summe zur Schadloshaltung meiner Geschwister benötige.“

Er hatte ihr erst sehr aufmerksam zugehört, jetzt schien er wieder etwas zerstreut.

„Wollen Sie die Brieftasche bald einstecken . . . es könnte jemand kommen . . .“

„War die Schwester Ihrer Mutter viel älter als diese?“

„Ich weiß es nicht, vermutlich! Doch werden Sie das Alles ja leicht in ihrer Heimat erfahren.“

Er nickte mit dem Kopfe. „Ich werde diese Sache überdenken . . .“

„Ja, bitte, thun Sie das. Mir liegt viel daran . . .“

„Und Sie wollen diese doch immerhin große Summe . . .“

„Ja, ja!“ rief sie erregt, „bitte, bringen Sie mir sie aus den Augen, dann erst werde ich wieder froh sein . . .“

Er hatte das Portefeuille noch immer unschlüssig in der Hand gehalten, jetzt knöpfte er seinen Rock auf und steckte es in die Innentasche . . .“

„Ah!“ es kam wie ein Seufzer der Erleichterung über ihre Lippen.

„Es scheint doch eine Erbschaft oder jedenfalls eine rechtmäßige Schenkung . . .“

„Die Eltern meiner Mutter waren arm — wie kommt die Tochter zu solchem Vermögen? Wenn sie es rechtmäßig erworben, warum verbirgt sie sich, wenn sie lebt, und wenn sie tot ist, warum hatte sie vorher nie etwas von sich hören lassen? Eine Schwester, von der meine Mutter nie ein Wort gesprochen, sie, die so zärtlich, so treu war . . . Wer weiß, was das für Geld ist? . . .“

Es hatte geklingelt.

„Ich bitte Sie, ermitteln Sie Alles, und bis dahin

Grafen von Eu, einem Sohn des Herzogs von Nemours vermählt. Aus dieser Ehe stammen drei Knaben.

In Rumänien ist wieder einmal eine Ministerkrise ausgebrochen. Den Anlaß zu der Demission des Ministeriums gab die auswärtige Politik. Im Schooß des Ministeriums war längst eine Spaltung ausgebrochen; ein Theil neigte sich zu Russland, während ein anderer Theil eine freundliche Haltung zu Österreich und Deutschland an den Tag legte. Dies neue Ministerium bezeichnet den Sieg der österreich-freundlichen Richtung. Gesichert ist die neue Regierung erst dann, wenn die Neuwahlen zu Gunsten derselben ausfallen. Jedenfalls werden die Wahlen nicht in russenfreundlichem Sinne von der Regierung beeinflußt werden, wie dies von dem bisherigen Cabinet zu befürchten war.

## Deutschland.

\* Berlin, 17. Novbr. [Tages-Chronik.] Die „Post“ berichtet die Nachricht, daß der Kaiser beabsichtige, nach Spanien zu reisen, als jeder Begründung entbehrend.

Seitens eines industriellen Vereins der Rheinprovinz dürfte in nächster Zeit behufs besserer und weniger kostspieliger Ausführung des für viele deutsche Produkte günstigen indischen Marktes zur Bildung einer Vereinigung industrieller Firmen zum Zweck der Errichtung eines gemeinsamen ständigen Musterlagers in Kalkutta und der eventuellen Anstellung eines Vertreters dagegen, wie dies von Seiten englischer Häuser bereits seit längerer Zeit geschehen ist, aufgesordert werden.

[Der deutschfreisinnige Arbeiterverein] hielt am Sonnabend im Saale des Kaiser-Wilhelmsbaues in der Lützowstraße unter Voritz des Herrn Ledermann eine Wanderversammlung ab, welche der Agitation für die Wahl des Geh. Rathes Professor Birchow in der III. Abteilung des 7. Kommunal-Wahlkreises galt. Der Vorsitzende, welcher mitschreien konnte, daß die deutschfreisinnige Arbeiterbewegung einen erfreulichen Fortgang nehme, mußte zu seinem Bedauern kundgeben, daß Professor Birchow, welcher zu der ursprünglich für Freitag geplanten Versammlung eine Ansprache zugesagt hatte, wegen anderweitiger Verpflichtungen am Erscheinen behindert sei. Über die städtische Selbstverwaltung und kommunale Angelegenheiten sprach Stadt Dr. Langerhans, welcher die Bürgerpartei dafür verantwortlich mache, daß gerade sie seit dem ersten verunglückten Sturmlauf auf das Rothe Haus auch bei städtischen Wahlen ausschließlich politische Gesichtspunkte in den Vordergrund dränge. Auf freisinniger Seite sei dies keineswegs in demselben Maße der Fall, wenn es auch angezeigt sei, daß man sich die Candidaten auf ihren politischen Standpunkt hin ansieht, da ja zahlreiche wichtige Fragen, Schul- und Kirchenangelegenheiten an die Stadtverordneten-Versammlung herantreten. Ledner entwickelte dann kurz die Stellung der Mehrheit in der Stadtverordneten-Versammlung diesen Fragen gegenüber, verwies auf die Wichtigkeit der Steuerfragen, die Aufgaben der Versammlung gegenüber Polizeiverordnungen, die Stadtrathswahlen u. s. w. Unbegreiflich sei es, wie jetzt die Gegner den Schlachtruf erheben: „Nieder mit Birchow!“ Birchow sei eine Ehre für Berlin (Beifall), und Ledermann, der mit ihm in der Versammlung zusammen arbeitete, gehöre ihm willig das Zeugnis, daß er in der städtischen Verwaltung, ohne je den Parteimann hervorzuheben, so ehlich für das Wohl der Stadt gearbeitet hat und arbeitet, wie nur irgend Einer. (Beifall.) Die Vorwürfe, welche in dem letzten gegnerischen Flugblatt über das „Anleihen-Unwesen“ erhoben werden, widerlegte Dr. Langerhans an der Hand der wirklichen Thatsachen und erklärte es für eine direkte Unwahrheit, wenn dort gesagt wird, daß die Staatsregierung die Abschaffung der Mietsteuer schon seit langer Zeit betreibe. Die Mietsteuer beruhe auf einem Staatsgesetz, welches ein Mann wie der Reichskanzler mit Hilfe seines parlamentarischen Anhangs gewiß leicht hätte ändern können, wenn es darauf ankäme. (Sehr wahr!) Auch die Behauptungen über die Besetzung aller Stellen in der städtischen Verwaltung mit Männern des „Fortschrittsringes“ seien durchaus abgeschmackt; als sich der Reichskanzler über seine Mietsteuer beklagte, waren es Kartellmänner, welche ihn abgefaßt haben. (Heiterkeit!) Wollte man Leute nach dem Wunsche jenes Flugblattes in das Rothe Haus wählen, dann würde man eine Vertretung zusammen bringen, welche dem wirklichen Charakter der Berliner Bürgerschaft nicht entspricht, denn diese Bürgerschaft ist vom Grunde ihres Herzens aus freisinnig. An dieser Grundanbildung werde sie um so mehr festhalten müssen, je mehr die Gegner dagegen ankämpfen, und wenn diese die Parole ausgeben: „Nieder mit Birchow!“ ist die gebotene Antwort darauf: „Hoch unser Birchow!“

## Kleine Chronik.

Professor Adolf Gneist feiert heute, den 18. Novbr., sein fünfzigjähriges Jubiläum als Universitätslehrer. Ein solches Fest ist überraschend. Bei Gneist kommt noch hinzu, daß er das ganze halbe Jahrhundert seines Lebens an der Berliner Universität gewirkt hat. Die Berliner Hochschule hat — so schreibt die „Post-Btg.“ — solcher Feier seit ihrem Bestehen insgesamt nur fünf bisher zu feiern gehabt. Das erste davon galt dem Physiker Paul Eymann und fiel mit dem fünfzigjährigen Universitätsjubiläum zusammen. Zu derselben Zeit trat August Boeck, der Altmüster der klassischen Philologie in das sechste Jahrzehnt seines Berliner Lehrschaffens ein. 1875 beging Ranke sein 50-jähriges Dozentenjubiläum. Zu diesen gesellten sich hinsichtlich der Dauer ihrer Berliner Lehrtätigkeit noch Karl Ludwig Michel, der Hegelianer, und der Aesthetiker Karl Werder, welche beide noch dem Lehrkörper der Berliner Universität angehören. Als Gneist in die Berliner Juristenfacultät eintrat, war Karl von Savigny, der Begründer der geschichtlichen Richtung in der Rechtswissenschaft, deren Senior. Neben ihm lehrten als Ordinarien v. Lancizolle, Heffter, Klenze, Homeyer, Ritterhoff. Den Nachwuchs von Rechtslehrern stellten die Privatdozenten Wasserschleben, Collmann und Häberlin dar. Die feierliche Aufnahme Gneists in die Zunft der Berliner Rechtslehrer vor 50 Jahren vollzog der Germanist v. Lancizolle als Decan der Juristenfacultät. Den Senat der Universität vertrat der Theologe Tweffen, der Rector der Universität im Jahre 1839. Was den Theilnehmern des Actes sicherlich am meisten in die Augen sprang, war die jugendliche Figur des neuen Rechtsdozenten. Hatte er doch damals gerade erst sein 23. Lebensjahr zurückgelegt. Freilich war der neue Dozent so etwas wie ein juristisches Wunderkind. Einmal Begabung für die Rechtswissenschaft hatte Rudolf Gneist vielleicht erblich von seinem Vater überkommen, der Rath beim Kammergericht war. Ohne Zweifel aber ist Gneist durch den frühen und steten Verkehr mit älteren Juristen schon ganz frühzeitig auf die Kernfragen der Rechtswissenschaft hingeleitet worden; er weiß mancherlei aus der Geschichte der preußischen Rechtspflege zu erzählen, was er in Gesprächen mit seinem Vater und dessen Amtsfreunden gelegentlich gehört. Dabei verwahrt sich Gneist darüber, als ob er ganz in seinen Rechtsstudien aufgegangen sei, er versichert, daß er auch die Freuden des Studentenlebens vollauf geflossen habe. Gneist's Studienzeit fiel in die Jahre der heftigsten Demagogien-Befolgsungen. Ein Verbindungsband konnte dem Studenten leicht ein oder mehrere Jahre beschaulichen Daseins auf einer preußischen Festung eintragen. Als Gneist von dem Mineralogen Weiß 1833 in die Berliner Studentenliste eingetragen wurde, mahnte Weiß in seiner Begrüßung eindringlich: „Sie stellen die Universität auf ein Pulverfass, wenn Sie sich in irgend eine Verbindung einlassen!“ Auch ließ es sich Gneist bei aller Neigung für die Jurisprudenz nicht an seiner Fachwissenschaft genug sein; er hörte philosophische Vorlesungen bei Hinning, historische bei Raumer und war Mitglied von Ranke's Geschichtsseminar. Die ersten Proben von besonderer Fähigkeit für die Rechtskunde legte Gneist schon als Student ab. Innerhalb seiner dreijährigen Studienzeit gewann er zweimal den Preis der Rechtsfacultät, das eine Mal für eine Aufgabe aus dem germanischen, das andere Mal aus dem römischen Recht. Auch seine Doctorsthesis De recentiore litterarum obligatione (Gneist promovirte damit im Novbr. 1838, einer seiner Opponenten war der nachmalige Cultusminister Müller) fand viel Beifall. Nach diesen Leistungen, die Gneist unter den Augen der Berliner Juristenfacultät vollbracht, wurde es ihm nicht allzu schwer gemacht, seine Lehrtätigkeit zu beginnen. Gneist las anfangs über den Civilprozeß, den Strafrecht und hielt eine Reihe von Repetitorien ab. Später kamen die Pandeken und andere Disciplinen hinzu, so daß es kaum einen Zweig der Rechtswissenschaft gab, den Gneist nicht zeitweilig vorgetragen hätte. Er las über die Entwicklung der Rechts-Einrichtungen, über die Geschworenengerichte, über die Leffentlichkeit des Gerichtsverfahrens u. A. Alle Vorlesungen hatten in den vierziger Jahren eine ganz besondere Bedeutung. Sie

(Lebhabter Beifall.) In der Discussion bekämpfte Stadt. Portmann eingehend die Behauptungen der Gegner, daß in der städtischen Verwaltung ein ungefundenes „Unterleinwesen“ sich eingemietet habe. Das Unzutreffendes dieser Behauptung geht daraus hervor, daß der Feuerkassenwerth des städtischen Besitzes 85 Mill. M., der Werth des Grund und Bodens nebst Gebäuden des städtischen Besitzes 231453255 Mark beträgt und dem gegenüber eine Schuldenlast von 187 Mill. Mark steht. Dabei darf nicht übersehen werden, daß bei der obigen Berechnung der Werth der städtischen Werke nur mit 60 Millionen angenommen ist, während sie mit 157 Millionen zu Buche stehen. Dem Werthwerthe können daher noch 100 Millionen zugeschrieben werden. (Beifall.) Die Debatte, in welcher auch ein Arbeiter Pollack ein eindringliches Wort für Birchow einlegte, schloß mit einem dreifachen Hoch auf Birchow ab.

## Österreich-Ungarn.

Wien, 16. Novbr. [Der Donau-Oder-Canal.] Der vereinigte Bau- und Finanz-Ausschuß des niederösterreichischen Landtages hat den Bericht über die von der Handelskammer, dem Gewerbeverein, dem Verein der Holzproducenten in Wien, dem Industriellen-Club und dem Club der Land- und Forstwirths in Wien eingebrochenen Petitionen, betreffend die Herstellung des Donau-Oder-Canals, vorgelegt. Der Referent Abg. Kaiser verweist zunächst in seinem ausführlichen Berichte auf die bereits im Jahre 1884 vom Landtage gefassten Beschlüsse, welche sich damals gleichzeitig auf den Donau-Moldau-Elbe- und den Donau-Oder-Canal bezogen. Die Beschlüsse, die damals gefaßt wurden, lauteten:

1) Das Land Niederösterreich beteiligt sich an den Kosten der Herstellung der Donau-Oder-Schiffahrtsstraße zwischen der Donau bei Wien und der Oder bei Oberberg und an der Herstellung der Donau-Moldau-Elbe-Schiffahrtsstraße unter der Bedingung, daß die Ausführung beider Schiffahrtsstraßen gleichzeitig gefaßt ist.

2) Der niederösterreichische Landesausschuß wird beauftragt, diesfalls mit der k. k. Regierung in Verhandlung zu treten, wobei eine Höchstbeteiligung des Landes Niederösterreich an der Herstellung beider Schiffahrtsstraßen mit je fünf Prozent von den Baukosten in Aussicht zu stellen ist.

3) Die Beteiligung ist auf eine Anzahl Jahre zu verteilen und hat diefelben Rechte zu genießen, wie eine Beteiligung des Staates.

4) Bei der technischen Durchführung der Donau-Oder-Schiffahrtsstraße ist die mögliche Rücksicht auf das in Aussicht genommene Project der Marchfeld-Bewässerung zu nehmen.

Seit dem Jahre 1884 haben sich die Verhältnisse zu Gunsten der Wasserstraßen namentlich in Deutschland und Frankreich in hohem Grade gebessert. Nur in Österreich hat diese Angelegenheit nahezu ganz geruht. In einer mit großem Ziffer-Material belegten Darstellung führt der Bericht aus, welchen Vortheil für den Verkehr der Bau des Oder-Canals haben würde, und verweist auf die großen Canalisirungs-Arbeiten Deutschlands, wo die Regierung eben jetzt die Canalisirung der preußischen Oder vorbereitet, um die Kohlen Schlesiens nach Berlin zu befördern und die englische Kohle aus den Ostseehäfen zu verdrängen. Die Canalisirung der Oder, für welche die Geldmittel bereits bewilligt sind, wird jetzt bis 79 Kilometer von der österreichischen Grenze durchgeführt. Wird der Donau-Oder-Canal gebaut, so bedarf es nur noch der Herstellung dieses 70 Kilometer langen Verbindungsgliedes, um die Verbindung zwischen der Donau und der Osssee zu vollenden. In der Petition des Donauvereins wurde mit einem Kilometerverkehre von 1,7 Millionen Tonnen oder von 464,100,000 Tonnen-Kilometer auf dem Canal gerechnet. Es wird dann noch ausgeführt, welche Bedeutung der Donau-Oder-Canal für die Hebung des Verkehrs auf der Donau haben würde. Keine Wasserstraße der Welt hätte dann die hohe wirtschaftliche Bedeutung für den internationalen Austausch der Produkte, als dieser Wasserweg von der Nord- und Osssee mitten durch Europa zum Schwarzen Meere. Mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung des Donau-Oder-Canals stellen der Bau- und Finanz-Ausschuß folgende Anträge:

1) Der Bericht des Landesausschusses wird zur Kenntnis genommen.

2) Die k. k. Regierung wird dringend erachtet, den Bau eines von Wien ausgehenden Donau-Oder-Canals möglichst zu fördern, und wenn derselbe nicht aus Staatsmitteln hergestellt wird, eine Privat-Unter-

nehmung, welche sich bereit erklärt, denselben auszuführen, auch maßgeblich zu unterstützen.

3) Da mit Landtagsschluß vom 13. October 1884 festgestellte Bedingung, daß das Land Niederösterreich sich an den Kosten der Herstellung der Donau-Oder-Schiffahrtsstraße zwischen der Donau bei Wien und der Oder bei Oberberg und an der Herstellung der Donau-Moldau-Elbe-Schiffahrtsstraße nur dann beteilige, wenn die Ausführung derselben gleichzeitig gefaßt ist, wird aufgehoben.

4) Die mit Beifall vom 13. October 1884 in Aussicht genommene Beteiligung des Landes Niederösterreich mit fünf Prozent der Herstellungskosten des Donau-Oder-Canals bleibt aufrecht, und spricht der niederösterreichische Landtag die Geneigtheit aus, sich eventuell auch mit einem höheren Betrage zu beteiligen.

An diese Beteiligung ist die Bedingung geknüpft, daß der Canal ein selbstständiges Unternehmen bildet.

5) Alle übrigen Beschlüsse des Landtages vom 13. October 1884 bleiben aufrecht.

## Provinzial-Zeitung.

Breslau, 18. November.

\* **Stadtverordneten-Versammlung.** Die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet Donnerstag, 21. November, Nachmittags 4 Uhr, statt. Von den Vorlagen, welche auf der Tagesordnung stehen, erwähnen wir: Gutachten des Ausschusses I und III über die Verstärkung der Schuldeputation. Änderung des Bebauungsplanes der inneren Stadt, bezüglich der Breitestraße. Neubau der Turnhalle an der Posenerstraße. Ankauf des Grundstücks Gartenstraße Nr. 12. Ankauf von Terrain in Dürrgoy.

— **Volkssversammlung.** Von socialdemokratischer Seite war für vergangenen Sonntag Mittag eine „große Volkssversammlung“ im Saale des „Tivoli“ auf der Niederröhrstraße angekündigt worden. Die Einberuber hatten sich nicht getäuscht, denn das verammelte Volk war wirklich „groß“. Nachdem heifig zum Vorstehenden gewählt worden, hielt der socialdemokratische Reichstags-Candidat für Breslau-Ost, Tuhauer-Berlin, eine Ansprache über „die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen“. Er dankt zunächst für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und verspricht, sich derselben würdig zu zeigen, wenn der Wahlkreis Breslau-Ost zurückberufen würde. Die Gegner brauchten sich über den Sieg in diesem Wahlkreise nicht zu freuen, denn die Mittel im Wahlkampf seien ungleich. Zahlreich seien die Beeinflussungen der Arbeiter gewesen, die Socialdemokraten hätten kaum ein Versammlungslocal erhalten können. In letzterer Beziehung scheine diesmal eine Handlung zum Besseren eingetreten zu sein, aber nicht ohne Zuthun der Arbeiterschaft Breslaus. Diese habe gewußt, welche Mittel anzuwenden sind, und sie habe damit Erfolg gehabt. Es freue sich, daß die bieigen Arbeiter von den Berlinern etwas gelernt hätten. In Berlin habe die Socialdemokratie keinen Wangen mehr an Localen, und dasselbe werde man in Breslau erreichen. Nachdem Redner im Weiteren die Socialdemokraten als die wahren Vertreter der Arbeiter bezeichnet hat, erklärt er sich von dem bestehenden Wahlrecht noch nicht ganz überzeugt. Nicht erst mit dem 25. Lebensjahr, sondern mit der Mündigkeit, also dem 21. Jahre, müsse die Ausübung des Wahlrechts verknüpft sein. Werde doch der manchmal viel jüngere Offizier mit weit wichtigeren Interessen betraut. Die Reichstagsabgeordneten müßten ferner Diäten erhalten. Man habe vielleicht geglaubt, durch die Diätenlosigkeit die Arbeiter-Vertreter aus dem Reichstage fernzuhalten zu können. Man habe sich auch hierin geirrt. Eine weitere Forderung sei, daß die Wahl nicht an einem Wochentage stattfinde, damit der Arbeiter von seinem Arbeitgeber an der Ausübung der Wahl nicht gehindert werden könne. Sollte nun die Wahl doch an einem Wochentage stattfinden, dann müsse der Wahltag zu einem gesetzlichen Feiertage gemacht werden. (Bravo!) Zur Wahl selbst müsse der Arbeiter mit einem Bettel in der Tasche erscheinen. Dann könne er von den Gegnern nicht controlirt werden. Was die gelegentliche Thätigkeit anlangt, so seien von den Socialdemokraten beantragte Gesetze überhaupt noch nicht gemacht worden, denn die Socialdemokraten würden majorisieren. Möchten sich die gegnerischen Parteien außerhalb des Reichstages noch so sehr bekämpfen, in der Gegnerschaft gegen die Arbeiter seien sie einig. Die Arbeiter sollten sich deshalb durch Verschiedenheiten der verschiedenen Parteien nicht einzufangen lassen. Die Socialdemokraten hätten bezüglich des Arbeiterdienstes wiederholte Anträge eingebracht. Man habe das Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken, die Regelung der Frauenarbeit, die gelegentliche Festsetzung eines Normalarbeitsstages verlangt. Alle diese Anträge seien abgelehnt worden, weil die Socialdemokraten in zu geringer Zahl vertreten seien. Trotz aller Kirchlichkeit habe es selbst die Centrumspartei nicht vermocht, einem Antrage auf gelegentliche Festsetzung der Sonntagsruhe zuzustimmen. Man sage ferner, die Socialdemokraten

waren das Stelltheine der liberal gesinnten Studenten. Hier fanden auch die geistlich gewordenen Redekämpfe statt, welche Gneist wider Julius Stahl führte.

L. Eine wissenschaftliche Luftreise. Aus London wird uns geschrieben: Das englische Kriegs-Ministerium hat, wie der „Daily Telegraph“ berichtet, dem General Brine die Genehmigung zu einer wissenschaftlichen Luftreise ertheilt, die einen ähnlichen Charakter trägt. Der General ist am Freitag mit zwei Mitgliedern der „Balloon Society“ nach Gibraltar abgedampft und hat zwei Ballons von 30 000 resp. 40 000 Kubikfuß Gehalt mit sich genommen. Die Herren beabsichtigen, in Gibraltar aufzusteigen, um die dortige Meerenge zu durchqueren und auszufliegen, welcher Art die Luftströmungen zwischen Europa und Afrika an jenem Punkte sind. In Londoner meteorologischen Kreisen sieht man dem Resultat dieses Unternehmens mit Spannung entgegen.

Die Verdecklung der „Specialitäten“, für welche bekanntlich die Directoren Dorn und Baron vom Wintergarten ein Preis ausschreiben erlaßt haben, hat zahllose Federn in Bewegung gesetzt, und es ist eine förmliche Fluth von Schriften eingegangen. An dem Wettbewerb haben sich fast alle Stände und Berufssarten beteiligt, und namentlich eine Zahl sprachgewandter Damen, von denen eine durch folgendes Schreiben den Vogel abgeschossen hat: „Eine junge, liebenswürdige Dame (Waise) hat weder Zeit noch Mühe gespart, durch Lösung dieser schwierigen Aufgabe Ihr geschätztes Wohlwollen zu erwerben. Nun bitte ich Sie höchst, milde, wohlwollende Gönnner, bzw. Richter zu sein, da mich Ihr auftimmend Urtheil beruhend beglückt.“ Leider hat die liebenswürdige „Prinzessin“ wenig Aussicht auf Erfolg, denn sie überlebt Specialität mit „Unübertrefflichkeit“, Programm mit „Leistungsauszug“, Excentric mit „Springer“, Knülaub mit „Unruhiger“ und Trix mit „lebendige Figuren!“ — Eine andere Dame schreibt, sie habe die Nebenzeichungen nach „ihrem“ besten Wissen und Können unternommen; in der That aber hat sie lediglich das Wörterbuch benötigt! Und so ist denn bei ihr: Specialität = „besonderes Fach eines Wissens“, Programm = „Schulschrift“ oder „Grundbedarfslegung“, Excentric = „überpampant“, Malabarist = „Bewohner des Districts in der britisch-ostindischen Präfektur Madras“ (!) und Trix = „ein Stich über 6 im Blattspiel“. Da hat denn ein anderer Bewerber ganz Recht, wenn er schreibt, man müsse am besten das Wörterbuch bei Seite legen und den reinen Begriff durch ältere volksübliche Redensarten bezeichnen, an die man sich wieder bald gewöhnen werde. Aber wie gestaltet er die Sache? Er überträgt Specialität mit „Stechenfisch“, Excentric mit „Hausnarr“. Grotesk-Excentric mit „Plumpatsch“. Obenhinaus — Biefsach waren die zu verdeckenden Begriffe nicht klar: eine Petersburger literarisch Gesellschaft erhielt die Directoren daher zunächst um — „Ausfüllung eines Fragebogens“, und ein biederer Sachse aus Elsterberg schreibt im Auftrage einiger Herren: „Wir haben schon mehrere Abende daran gewendet, nur könnten wir uns die Leistungen gewisser Künstler nicht entziffern, da hierzu solche nicht aufzutreten.“ — Ein praktischer Mann ist auch jener Weingutsbesitzer in Frankfurt a. M., der die Gelegenheit benutzt, der Direction die — Preisliste eines Hauses zu überreichen, und mit einem Hymnus auf seine „schoen, rosig und gut ausgebaute Weine“ um gefüllte Aufträge bittet. — Sehr eigenartlich als „Verdeutscher“ führt sich ein Dresden „Literat“ ein: „Obgleich ich kein großer Philolog, Sprach-Encyclopädist oder Analytiker bin, erlaube ich mir, in diesem Falle mich doch einmal auf die Arena zu begeben, Ihnen meine Translation umstehend zu überreichen.“ Der Rubin der Geläufigkeit, den dieser Bewerber so bezeichnet von sich weist, gebührt ihm doch in hohem Maße für seine Verdecklung von „Trix“: seine Belegung ist zwar nicht kurz und treffend, aber anscheinbar sehr „wissenschaftlich“; sie lautet: „Wort, dessen sich auf verschiedene „Parthenia“, voll Holbseligkeit, Lieblichkeit und fürscher Schelme im Ausdruck ihres Antlitzes wie in den Blicken ihrer strahlenden Augen. Man würde es ihr gezaubert haben, wenn sie sämmtliche Textologen in ihren Bann gezogen hätte.“

3000 Mark ausgezahlt, den ich mir hiermit erbitte. Da ohnedies Niemand eine bessere Übersetzung liefern wird, so könnten Sie mir den Preis schon jetzt einsenden, zumal Sie doch Niemand verantwortlich sind. Im Falle baarer Zahlung würde ich Ihnen recht gern zwei Prozent Cassa-Sconto nachlassen.“ Im Uebrigen hat dieser Herr für jeden Ausdruck sich gleich ein paar Dutzend Worte aus dem Hermel geschüttelt, aber — sie sind auch danach! — Welche ergötzlichen Verdeckungen im Allgemeinen zu Tage gefordert sind, dafür noch einige Proben: Specialität wird überzeugt mit „Sonderthum“, „persönliche Eigenschaft“. Programm mit „Verständnißliste“ oder: „Dem verehrten Publikum wird folgendes vorgeführt werden“. Phantasie-Gleichgewicht wird auf gut Deutsch bezeichnet als „der seltsam-munderliche, abenteuerliche Gleichgewichtskünstler“, „Zufallsgewandtschaftskünstler“, „Schwebezünftler von schöpferischer Einbildungskraft“, „Stegretz-Schilländer“, „närrischer Geschicklichkeitskünstler“, „Gleichgewichtsläufer“ oder „schmachtlodiger Luftspringer“. Akrobat ist „Centnerbändiger“, „Hochgangstümpler“. Gymnastiker der „Leibkünstler“, „Flinkmaier“ oder „Bunde-balls“. Parterre-Gymnastiker der „Diententurner“, „Erdgeschöpfkünstler“. Malabarist ist der „vorderindische Künstler“, „Chinesische Knickabous“, „Schönrippschläger“, „Draufstreter“, „Puffer“, „Triec“, „Du Schelm!“, „Zongleur“, „Zachmuskel“, „erregender Mensch“, „Witzbold“. Excentric „übermenschlich“,

seien Feinde der Familie. Diesen Vorwurf könnten nur böse Leute erheben, welche die heutigen Familienverhältnisse überhaupt nicht kennen. Könnte man denn jetzt noch von einem Familienleben reden, wenn die Frauen und Kinder in die Fabriken geben müßten? Die Socialdemokraten seien gerade die größten Förderer des Familienlebens und damit die eigentliche Stütze des Staates. Deshalb wollten die Socialdemokraten, daß die Kinder aus den Fabriken fern gehalten würden, daß die Frauenarbeit beschränkt werde, daß der Mann als der Ernährer der Familie auftreten könne. Er habe gesehen, daß Arbeiter auf den hiesigen Bahnen 1,50 und 1,60 M. verdienten. Damit könne doch Niemand mit Familie auskommen! Das seien ungesehene Verhältnisse, die bekämpft werden müssen. Der gesetzliche Maximallarbeitsstag sei eine urale Forderung, so alt wie die socialdemokratische Partei selbst. Derselbe sei notwendig, wenn man bedenke, daß die Maschinen immer manigfacher würden. Wenn eine Maschine verbessert oder eine neue erfunden werde, so sollte man sich fragen, wie viele Arbeiter dadurch immer wieder brotlos gemacht würden. Man habe den Arbeitern entgegen zu kommen geglaubt, indem man das Alters- und Invalidengesetz schuf. An sich sei der Gedanke ein guter, aber wie habe man ihn zur Ausführung gebracht? Er habe noch keinen 70jährigen Tischlergesellen gesehen, welcher rentenberechtigt hätte werden können. (Rufe: Sehr wahr!) Man nenne ferner die Socialdemokraten Reichsfeinde. Es gebe wenige Parteien, die nicht schon Anspruch auf diesen Titel hätten. Nachdem Redner ferner den Cartellparteien den Vorwurf gemacht, durch Verlängerung der Legislatur-Perioden von drei auf fünf Jahre das Wahlrecht beschränkt zu haben, kommt er auf die indirekten Steuern zu sprechen, von denen die Socialdemokraten die größten Feinde seien. Für die Regierung sei es sehr deuum Steuern einzuholen, von denen die Mehrzahl nichts merke. Die ganz bedeutende Steuervermeidung verbanne man auch der Cartellmehrheit. Und dabei seien gerade die allernothwendigsten Dinge besteuert. Die Socialdemokraten wollten alle verschiedenen Steuern abgeschafft wissen und dafür eine einzige Steuer eingeführt sehen, die alle Bedürfnisse des Staates, und in der Commune eine einzige Steuer, welche alle Bedürfnisse der Commune befriedige. Sie verlangten die progressive Einkommensteuer, die nach oben bedeutend wachse. Redner meint ferner, ein stehendes Heer sei nicht notwendig, es genüge die Einrichtung eines Volksheeres. Man brauche die Leute nicht 3 Jahre ihrem Berufe zu entziehen, sondern man könne wie in der Schweiz vorgehen, wo die Jugend schon in militärischen Übungen erzogen werde. Wenn die Jugend erwachsen, bedürfe es nur noch weniger Wochen, um die militärische Ausbildung zu vollenden. Dann erst werde das Volkstheer zur Wahrheit werden. Redner sucht seine Anschauungen durch Citate von Aussprüchen der Feldmarschälle Gneisenau und Radeck als berechtigte zu erhärten. Die Socialdemokraten wollten Deutschland nicht kampfunfähig machen, sondern eine wehrfähige Nation durch Einrichtung eines Volksheeres herstellen. Uebrigens drängten die Völker nicht zum Kriege. Auch das französische Volk wäre 1870 nicht auf den Kriegsgedanken gekommen. Wer aber Schul an dem Kriege gehabt, könne man nicht entscheiden. Redner schloß unter lebhaftem Beifall mit der Aufforderung, die Wahlscharte von 1887 auszuweichen, sich zu organisierten und Geldmittel herbeizuziehen. Nach Gründung der Bevölkerung warnt Gerhardt vor den Freisinnigen, welche schon wieder mit den Arbeitern liebgeworden. Dann sprach er speziell zu den Eisenbahnwerkstätten-Arbeitern. Leider blieben uns die Ausführungen des entfernt stehenden Redners unverständlich. Zahn fragt, daß es noch immer Arbeiter gebe, welche die kapitalistische Presse lesen. Wenn es nun den Socialdemokraten möglich geworden, Locale zu gewinnen, so müsse man auch dahin streben, daß in den Restaurations die socialdemokratische Presse ausliege. In Breslau seien dies die "Schlesischen Nachrichten". Er erwartet von jedem Arbeiter, daß er nur in Localen verkehre, wo die "Schlesischen Nachrichten" ausliegen. Er müsse dieselben fordern und wenn sie ihm nicht gegeben werden könnten, so solle er auch aufs Tier verzichten. Nach den Ausführungen Giekmans fürchteten sich die Gastronome "vor oben", die "Schlesischen Nachrichten" mitzuhauen. Als nun Martin behauptete, der Staat ziehe die Buchhäuser groß, weil er nicht für besseren Verdienst sorge, schloß der überwachende Polizei-Commissarius im Namen des Gelezes die Verfassung. (Große Unruhe.) Es folgten Hochs auf Lohauer und Hurrahgeschrei. Allmählich leerte sich der Saal.

\* Chrysanthemum-Schau. Die soeben in Berlin von der Jury der Jubiläums-Ausstellung (hundertjährige Feier der Einführung der japanischen Winteräste in Europa) mit dem ersten Preise, der großen Medaille ausgezeichneten hundert Chrysanthemum der Firma Reid u. Bornemann in Sydenham-London werden durch Vermittlung des Herrn Garteninspektor B. Stein kurze Zeit in Breslau zur Schau gestellt werden, worauf wir alle Blumenfreunde um so mehr aufmerksam machen, als die ausstellende Firma ein Eintrittsgeld erhebt. Die prachtvollen Blüthen — es sind Exemplare von 22 cm. Blüthen-Durchmesser darunter — werden Dienstag von 2—6 Uhr Nachmittag im kleinen Saale des Concerthauses zur Schau stehen und um 7 Uhr wird Herr Reid in demselben Saale die Blüthen den Mitgliedern des Centralvereins für Gärtner und Gartenfreunde, des Vereins schlesischer

**2 Breslau.** 18. November. [Von der Börse.] Die heutige Börse war im höchsten Grade geschäftlos, so dass selbst der kleinste Umsatz nur in äußerst schwärmiger Art zu stande kam. Soweit unter diesen Umständen von einer Tendenz die Rede sein kann, möchten wir dieselbe als ziemlich fest bezeichnen. Erst später wurde die Haltung überall matter, weil die Berliner Börse durch die Vorgänge in Brasilien auf ganzer Linie verstimmt schien. Der Verkehr blieb bis zum Schlusse ausserordentlich beschränkt.

Per ultime November (Course von 11 bis 1 $\frac{1}{4}$  Uhr): Oesterr. Credit-Aktion 166 bez., Ungar. Goiarente 86 $\frac{1}{2}$ —86 bez., Ungar. Papierrente 82,65 bez., Vereinigte Königs- und Laurahütte 163 $\frac{3}{4}$ —7 $\frac{1}{2}$ —169 $\frac{1}{2}$  bez., Donnersmarckhütte 86,10 bez., Oberschl. Eisenbahnbedarf 115 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{2}$  bez., Russ. 1880er Anleihe 92,60 bez., Orient-Anleihe II 65 $\frac{1}{2}$  Gd., Russ. Vainuta 214 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{4}$  bez., Türken 17 $\frac{1}{2}$  bez., Egypt 92,40 bez., Italiener 93—1 $\frac{1}{2}$  bez., Türkenseite 86—85 $\frac{1}{2}$  bez. u. Br., Schles. Bankverein 140 bez., Bresl. Discontobank 114 $\frac{1}{4}$  bez., Bresl. Wechslerbank 111 $\frac{1}{4}$  bez.

### Auswärtige Anfangs-Course.

(Aus Wolff's Teigr. Bureau.)

Berlin. 18. November. 11 Uhr 50 Min. Credit-Aktion 166, — Laurahütte 169, 75. Reservirt.

Berlin. 18. Novbr. 12 Uhr 25 Min. Credit-Aktion 165, 90. Staatsbahn 102, 70. Italiener 93, 10. Laurahütte 169, —. Russ. Noten 214, 20. 40% Ungar. Goiarente 86, —. Orient-Anleihe II 65, 30. Mainzer 124, 50. Disconto-Commandit 236, 10. 4proc. Egypt 17, 30. Türk. Loose 85, 50. Lombarden 56, —. Reservirt.

Wien. 18. Novbr., 10 Uhr 10 Min. Oesterr. Credit-Aktion 310, — Marknoten 58, 45. 4% ungar. Goldrente 101, 05. Still.

Wien. 18. Novbr., 11 Uhr 12 Min. Oesterr. Credit-Aktion 310, 35. Ungar. Credit 333, 50. Staatsbahn 239, 25. Lombarden 131, 25. Galizier 188, —. Marknoten 58, 50. 4% ungar. Goldrente 101, 10, do. Papierrente 97, —. Elbthalbahn 217, 75. Befestigt.

Frankfurts a. M. 18. November. Mittags. Credit-Aktionen 264, —. Staatsbahn 203, 75. Lombarden, —, Galizier, —. Ungarische Goiarente 86, —. Egypt 92, 50. Laura, —. Still.

Paris. 18. Novbr. 3% Rente —. Neue Anleihe 1878, —. Italiener, —. Staatsbahn, —. Lombarden, —. Egypt, —. Foncier, —. Escopete, —.

London. 18. November. Consols 97, 05. 4% Russen von 1888 ber. II 92, 25. Egypt 91, —. Regnerisch.

Wien. 18. November. [Schluss-Course.] Schwach. Cours vom 16. 18. Cours vom 16. 18. Cours vom 16. 18.

Credit-Aktionen 310, 35 309, 85 Marknoten 58, 42 58, 45 40% ungar. Goldrente 101, 10 101, 10

Lomo. Eisenb. 181, 90 130, 75 Silberrente 85, 75 85, 70 Galizier 188, 50 188, 50 London 119, 15 119, 05 Napoleonad'or 9, 48 $\frac{1}{2}$  9, 47 $\frac{1}{2}$  Ungar. Papierrente 97, 05 96, 92

Handelsgärtner, der Section für Obst- und Gartenbau und deren Gästen demonstrieren und einen eingehenden Vortrag über die Kultur der Chrysanthemum halten. Beide Inhaber der so hoch prämierten Firma sind Deutsche, Herr Bornemann war 1883—85 im hiesigen Königl. botanischen Garten angestellt.

\* Zu dem Pferdebahnunfall auf der Ohlauerstraße. Der Kutscher Preßler von der Straßenbahn thieilt uns mit, daß er nicht derselbe Kutscher sei, der auf der Weidenstraße einen Mann umfahren hat. Er, Preßler, sei erst nach Entlassung dieses Kutschers am 24. Juli er. als Kutscher angestellt worden.

### Telegarmme.

Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

Δ Berlin, 18. Novbr. Die Budget-Commission beendete heute die Berathungen über den Marineetat. Gefrichen wurden im ordentlichen Etat 20 141 000 Mark, im außerordentlichen Etat 9 100 000 Mark.

Δ Paris, 18. November. Die Regierung erhielt die bestimmte Nachricht, daß der französische Afrikaforscher Doubs im Haggar-gebiet der Sahara ermordet wurde.

Δ Athen, 18. Novbr. Shafir Pascha erbat seine Abberufung aus Kreta; man glaubt, sein Nachfolger werde ein Christ sein, und erwartet Reformen.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Adelsberg, 18. Novbr. Anlässlich des gestrigen Besuches der deutschen Gäste war die Grotte festlich beleuchtet und der Eingang mit deutschen und österreichischen Flaggen und dem deutschen Reichswappen geschmückt. Im großen Tanzsaal der Grotte, wo der Namenszug des Deutschen Kaisers unter einer Krone ehrwürdig, brachte Wippinger ein dreifaches Hoch auf Kaiser Wilhelm aus, welches begeistert aufgenommen wurde. Eine Musikkapelle spielte die Nationalhymne. Im Grottenraume Belvedere waren die Initialen des österreichischen Kaisers mit einer Krone bengaliisch beleuchtet. Capitän Reiche brachte hier ein dreifaches Hurrah auf den Kaiser Franz Josef aus, welches ebenfalls herzlich ernüdet wurde, während die Musikkapelle die österreichische Hymne spielte.

London, 17. November. Die von den Bäckermeistern bewilligten Forderungen der Arbeiter betreffen eine solche Anzahl, daß der gestrige Streik nur einen geringen Umfang annahm. Bis jetzt ist die Zahl der Streikenden noch nicht zu übersehen. — Der unter den Kutschern und Conducteuren der Omnibusgesellschaft "Road Car" bevorstehende Streik ist wegen Verhandlungen acht Tage vertagt.

Petersburg, 18. Novbr. Das "Journal de St. Petersbourg" bedauert den Umsturz des Thrones Dom Pedro's und sagt, der Kaiser habe während seines wiederholten längeren Aufenthaltes in Europa allgemeine Achtung und Sympathie durch seine hervorragenden Eigenschaften erworben; allerseits werde das Geschick, welches ihm die Unantastbarkeit eines Theiles seiner Unterthanen soeben bereitet, lebhaft beflaugt werden. Was Brasilien anbetreffe, so sei zu befürchten, daß das Land für lange die Ordnung und Sicherheit verloren habe.

Bukarest, 17. Nov. Bauhaus lehnte aus rein persönlichen Gründen das Unterrichtsportefeuille ab; interimistisch übernimmt dasselbe Rosetti.

Triest, 17. Nov. Der Lloyd-dampfer "Achille" ist heute Nachmit 7, aus Konstantinopel kommend, hier eingetroffen.

London, 17. Nov. Der Union-Dampfer "Rubian" ist gestern auf der Heimreise von den Kanarischen Inseln abgegangen. Der Union-Dampfer "Durban" ist gestern auf der Ausreise in Kapetown angekommen. Der Union-Dampfer "Mexikan" ist auf der Heimreise heute in Southampton angekommen.

Wasserstands-Telegramme. Breslau, 18. Novbr., 12 Uhr Mitt. D. — m. U. B. + 0,70 m.

### Handels-Zeitung.

Kaffeemarkt. Hamburg, 18. Novbr., 10 Uhr 40 Min. Vormittags. [Telegramm von Siegmund Robinow & Sohn in Hamburg, vertreten durch

Ludwig Friedländer in Breslau.] December 1889 85 $\frac{1}{2}$ , März 1890 80 $\frac{1}{4}$ . Mai 1890 79 $\frac{1}{4}$ , September 1890 78 $\frac{1}{2}$ . 2täg. Zufuhr von Rio 6000 Sack, von Santos 20 000 Sack. — Tendenz: Behauptet.

Magdeburg, 18. Novbr. Zuckerbörse. (Original-Telegramm der Breslauer Zeitung.)

Rendement Basis 92 pCt. Rend.	16.30—16.40	16.30—16.50
Rendement Basis 88 pCt.	15.10—15.50	15.10—15.50
Nacprod. Basis 75 pCt.	11.00—12.60	11.00—12.60
Brod-Raffinade f.	—	—
Brod-Raffinade f.	27.50—28.25	27.50—28.25
Gem. Melis I.	25.50—25.75	25.50—25.75
Tendenz: Rohzucker ruhig, Raffinirte unverändert.		
Termine: November 11,60 M., December 11,67, M. Ruhig.		

Zuckermarkt. Hamburg, 18. November, 10 Uhr 30 Min. Vorm. [Telegramm von Arnhal & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Mockrainer in Breslau.] Novbr. 11, 57 $\frac{1}{2}$ , December 11, 72 $\frac{1}{2}$ , März 1890 12, 12 $\frac{1}{2}$ . — Tendenz: Ruhig.

\* Wolle. Pest, 17. Nov. In der abgelaufenen Woche wurden wir ruhiges Geschäft. Es wurden circa 1000 Metercentner verkauft: feine und hochfeine Wolle von 140—160 Fl., mittelfeine von 95—100 Fl., gutmittel von 83—92 Fl., Sandwolle à 54—55 Fl., Zigajawolle à 47 bis 48 Fl., Gebirgszackel bis 45 Fl., Zigajaschweisswolle bis 40 Fl.

Berlin, 18. Novbr. Die Generalversammlung der Berliner Handelsgesellschaft, in welcher 6544 Anteile vertreten waren, hat die Erhöhung des Commanditkapitals um 10 Mill. Mark beschlossen. Der Mindestours der auszugebenden Commanditantheile ist auf 150 pCt. festgesetzt. Es sollen hiervon 8 Millionen derart zum Bezug angeboten werden, dass auf je 5000 Rm. alter Commanditantheile ein neuer Anteilschein von 1000 Rm. zu 150 pCt. erhoben werden kann. An dem aus der Realisierung restlichen 2000000 Rm. nominal über den Uebernahmepreis von 150 pCt. hinaus zu erzielenden Gewinne wird die Berliner Handelsgesellschaft beteiligt sein, und dieser Gewinnanteil, sowie das Agio von 50 pCt., wird dem gesetzlichen Reservefond zugeführt.

### Ausweise.

Berlin, 18. Novbr. [Wochen-Uebersicht der Deutschen Reichsbank vom 15. November]

	Activa.	Passiva.
1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde u. an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Pfund fein zu 1392 Mark berechnet.	761 791 000 M.	+ 6 743 000 M.
2) Bestand an Reichs-Kassen-scheinen.	18 803 000	+ 656 000
3) Bestand an Noten and. Banken	11 286 000	+ 2 013 000
4) Bestand an Wechseln.	576 993 000	+ 18 223 000
5) Bestand an Lombardforderungen	76 513 000	+ 14 879 000
6) Bestand an Effecten.	5 035 000	+ 466 000
7) Bestand an sonstigen Activen.	33 368 000	+ 1 951 000
		Passiva.
8) Grundcapital	120 000 000 M.	Unverändert.
9) der Reservesfonds	24 435 000	Unverändert.
10) der Betrag der umlauf. Noten	1 009 988 000	- 18 736 000 M.
11) die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	319 015 000	+ 33 052 000
12) die sonstigen Passiva.	392 000	- 191 000

### Verloosungen.

\* Rentenbriefe der Provinz Schlesien. Geloost zur Rückzahlung per Stück Litt. A. à 3000 M. 48 156 256 359 381 642 783 1013</

